



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

www.gruene-do.de

An die
Medien

17.10.08

PRESSEMITTEILUNG

Land gefährdet Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige

Die GRÜNEN im Rat befürchten, dass die Landesregierung den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren auch in Dortmund trotz gegenteiliger Aussagen massiv gefährdet. Hintergrund der Befürchtungen ist der mittlerweile vorgelegte Haushaltsentwurf des Landes für das nächste Jahr.

Birgit Unger, Ratsmitglied der GRÜNEN:

„Die Landesregierung plant, aus finanziellen Gründen im nächsten Jahr alle neuen Plätze für die Betreuung von unter Dreijährigen nur noch als 25-Stundenplätze anbieten. Das geht aber vollkommen am Bedarf vorbei. Denn die meisten Eltern wollen für ihre Kinder eine Betreuung für 35 oder 45 Stunden in der Woche.

Das zeigen auch die Zahlen für Dortmund: Nach den Wünschen und dem Buchungsverhalten der Eltern gibt es gesamtstädtisch für Kinder unter drei Jahren 15 Gruppen mit einer 35-Stundenbetreuung sowie 57 Gruppen mit einer 45-Stundenbetreuung, allerdings keine einzige mit einem Betreuungsangebot von nur 25 Stunden. Wenn der Haushaltsentwurf des Landes Realität wird, dann heißt das: Die Landesregierung will sparen und nur noch die Plätze finanzieren, die in diesem Jahr keiner haben wollte. Dies steht den politischen Versprechungen der CDU entgegen, die stets behauptet: "Bezahlt wird, was bestellt ist!" Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die (angebliche) Wahlfreiheit der Eltern und gegen eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, es gefährdet darüber hinaus auch Einrichtungen. Denn bei zu vielen 25-Stundenplätzen können sich die Einrichtungen nicht finanzieren. Während Frau Liedschulte für die CDU dauernd das KiBIZ fast schon wehleidig verteidigt, legt ihr eigener Minister einen Haushaltsentwurf vor, der die Betreuung von unter Dreijährigen vor die Wand

fährt. Denn was nutzt uns die Finanzierung von Betreuungsplätzen, die keiner will, weil andere gebraucht werden?“

Zusätzlich zu den geplanten Einsparungen will sich das Land auch noch den Bundeszuschuss für Kita-Betriebskosten in die eigene Tasche stecken. Hier ist geplant, dass der Bund in 2009 erstmals 100 Millionen an die Länder (NRW 21,6 Millionen) für die Betriebskosten zahlt, die Summe soll auf 770 Millionen in 2014 (NRW 150 Millionen) steigen. Lediglich ein kleiner Teil der Mittel - etwa 5 Millionen – soll nun über das Gemeindefinanzierungsgesetz an die Kommunen weitergeleitet werden. Mit dem Rest des Geldes für die Kindertageseinrichtungen will das Land seine eigenen Zuschüsse an die örtlichen Jugendämter finanzieren. Damit karikiert die CDU in NRW auch die Politik ihrer Bundesfamilienministerin, die ständig den Ausbau der Kinderbetreuung propagiert.

Birgit Unger: „Wir haben in Dortmund aus eigener Kraft die Zahl der Betreuungsplätze für Kleinkinder in den letzten drei Jahren von 700 auf fast 2100 verdreifacht. Damit liegt der Versorgungsgrad zurzeit mit etwa 14 Prozent weit über dem Landesdurchschnitt. Unser Ziel sind aber mindestens 20 Prozent in 2010 bzw. mindestens 35 Prozent in 2013. Durch die Deckelung des U 3 Ausbaus und das "Anbieten" nicht bedarfsgerechter Plätze wirft uns das Land da erneut Knüppel zwischen die Beine.“